DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB

DIE LINKE.KÖLN

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 16.06.2009

AN/1138/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	30.06.2009

Für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei KHD Humboldt-Wedag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 30.6.2009 zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln setzt sich für den Erhalt aller Arbeitsplätze beim Anlagenhersteller KHD Humboldt-Wedag ein und unterstützt die Aktivitäten der Belegschaft gegen den geplanten Arbeitsplatz-Abbau.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten die Kommune und das Land NRW haben, um einen Schutzschirm für die Belegschaft zu spannen und den Erhalt aller Arbeitsplätze zu den jetzigen Konditionen zu sichern.

Begründung:

Der bisherige Besitzer des Anlagenherstellers, der Private Equity Fonds „Mass Financial“, plante den Betrieb in Kalk (ca. 100 Arbeitsplätze in den Bereichen Lager und Fertigung) zu schließen und 80 Arbeitsplätze im Bereich Entwicklung abzubauen. Damit wäre fast die Hälfte der ca. 400 Jobs vernichtet.

Der Kaufinteressent McNally Bharat, ein indischer Konzern, will nach eigenen Angaben die Fertigung in Kalk nicht schließen. Tatsächlich ist noch nicht klar, ob der indische Konzern wirklich den Betrieb aufrecht erhalten will oder diesen nur übernimmt, um nach einem Jahr Karenzzeit Arbeitsplätze billiger abzubauen als es der bisherige Besitzer hätte tun können, da dieser eine höhere Abfindung zahlen müsste.

KHD Humboldt-Wedag war in den letzten Jahren profitabel. Die Auftragsbücher sind trotz der Krise noch gut gefüllt. Es sieht so aus, als hätte der Private Equity Fonds von Beginn an darauf gesetzt, möglichst schnell viel Geld aus dem Unternehmen zu ziehen und es dann auszuschlachten.

Wenn die Fertigung in Kalk geschlossen würde, würden einige der letzten industriellen Arbeitsplätze im Stadtteil Kalk zerstört. Die Beschäftigten dort würden keine vergleichbaren Arbeitsplätze finden. Das hätte auch Auswirkungen auf die Kaufkraft im Stadtteil.

Bei den Arbeitsplätzen in der Entwicklung handelt es sich um hochqualifizierte, relativ gut entlohnte Jobs. Das rechtsrheinische Köln kann sich die Vernichtung der letzten qualifizierten industriellen Arbeitsplätze nicht leisten.

Die Stadt Köln steht in der Verantwortung. Nach der Krise der Deutz AG 1996 sind öffentliche Gelder geflossen, um den Konzern bzw. Teile des Konzerns vor dem Zusammenbruch zu retten. Wenn dies dazu führt, dass private Investoren die mit öffentlichen Geldern sanierten Teile herauspicken, um kurzfristige Profite zu realisieren und dann den Laden zu schließen, wären die öffentlichen Gelder verschleudert worden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Jörg Detjen

Fraktionsvorsitzender